Erste Ausgabe.

Abonnements-Preis pro Quartal 3 Mark.
Die Hallische Zeitung erscheint wochentäglich in erster Ausgabe Vormittags 11½ Uhr, in zweiter Ausgabe Nachm. 4½ Uhr.

Hallische Zeitung

Insertionsgebühren für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum für Halle u. Reg.-Bez. Merseburg nur 15 Pf., sonst 18 Pf.
Reclamen am Schluß des redactionellen Theils pro Zeile 40 Pf.

vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Nummer 21. | Halle, Mittwoch, 26. Januar 1887. | 179. Jahrgang.

(Ausgegeben am 25. Januar Vormittags.)

☛ Zur **Ersten Ausgabe gehören als Beilagen** der illustrirte Roman von Ottomar Beta „**Im Weltbrande**" S. 69—72, sowie die **Lotterielisten** vom 24. d. M.

Für die Monate
Februar und März
werden Bestellungen auf die
Hallische Zeitung
zum Preise von nur **2,00 Mk.** für Auswärts von allen Kaiserl. Postanstalten und den Landbriefträgern, für Halle von der Expedition, gr. Märkerstraße 11, entgegen genommen. Neu hinzutretenden Abonnenten werden die bereits erschienenen Nummern des Romans „Im Weltbrande", soweit der Vorrath noch reicht, gratis nachgeliefert.

Halle, den 25. Januar.

Die Handwerker und die Reichstagswahl.

Die Bewegung, welche in Folge der bevorstehenden Reichstagswahl die Gemüther in immer weiteren Kreisen ergriffen hat und hierorts zu dem in jeder Beziehung hocherfreulichem Ereigniß der Einigung der drei regierungsfreundlichen Parteien zwecks Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten geführt hat, erhält für unsern Wahlkreis Halle-Saalkreis dadurch eine besondere Bedeutung, daß sie — soviel wir wissen — hier zuerst den in Handwerkerkreisen schon längst vorhandenen Gedanken, die Interessen des Handwerks bei den politischen Wahlen durch die Vertreter des Handwerks zur Geltung zu bringen, in die That umgesetzt und zur Bildung einer eigenen Handwerkerpartei geführt hat.

Wir können von unserm Standpunkte aus dieses Vorgehen der Handwerker nur billigen, und meinen, daß unsern Meistern kein größerer Beweis für die Richtigkeit ihres Handelns gegeben werden konnte als er in den wüthenden Ausfällen der Sozialdemokratie gegen den von den Handwerkern veröffentlichten Aufruf liegt. Instinktiv ahnt die Sozialdemokratie, daß durch diese auf patriotischem Boden stehende und für die bestehenden Ordnungen eintretende, geschlossene Vereinigung von Handwerkmeistern ihren Wühlereien in den Kreisen kleiner Handwerker ein energisches Halt geboten worden ist: ein Moment, das alle wahren Patrioten nur mit höchster Freude und Genugthuung erfüllen kann. Und aus diesem Grunde allein schon können wir der jungen Vereinigung nur aus vollem Herzen ein „Glück auf zu weiterem Handeln" zurufen.

So sympathisch uns nun aber auch die Handwerkerbewegung ist, so möchten wir doch an die Leiter und Vertreter derselben in unserm Wahlkreise die Mahnung richten, in ruhiger, sachlicher Weise die im hiesigen Wahlkreise bestehenden politischen Verhältnisse zu prüfen, um auf Grund derselben ihr weiteres Verhalten in dem eben beginnenden Wahlkampfe abhängig zu machen. Wir reden ja zu Männern der Praxis, die um eines Prinzips willen, so berechtigt es an sich sein mag, die praktischen Folgen einer That gewiß im Voraus auf das sorgfältigste erwägen werden, um nicht etwa zu guter letzt das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Wenn wir den Zusammenschluß der Handwerker ebenso berechtigt als nützlich gefunden haben, so können wir andererseits nicht die Meinung theilen, die hie und da in Handwerkerkreisen Eingang und Beifall gefunden zu haben scheint, daß die Interessen der Handwerker unseres Wahlkreises nur durch die Aufstellung eines eigenen Kandidaten aus Handwerkerkreisen gewahrt werden können.

Kein Moment scheint uns für die gegenwärtige Situation und die bevorstehende Reichstagswahl bedenklicher, ja geradezu gefährlicher, als das Betonen von Sonderinteressen durch einzelne Parteien, Stände und Personen. Angesichts der uns Allen, unserm ganzen Vaterlande von auswärtigen Feinden und inneren falschen Freunden drohenden Gefahren muß es für den Patrioten nur eine Wahlparole geben: Einigkeit und engster Anschluß, unter Hintansetzung aller persönlichen Interessen, mit allen denen, welchen das Vaterland höher steht als die Partei!

Wir haben zu viel Vertrauen zu dem bewährten Patriotismus und der praktischen Lebensanschauung unserer Handwerker, als daß wir nicht der Hoffnung leben könnten, daß gerade in diesen Kreisen die Erkenntniß sich Bahn brechen muß, wie die Handwerker von Halle durch die Aufstellung eines eigenen Kandidaten vielleicht gerade dem Kandidaten des deutschen Freisinns oder dem der Sozialdemokratie zum Siege verhelfen könnten. Damit aber hätten die Handwerker auch ihrer eigenen Sache den denkbar schlechtesten Dienst geleistet, denn sie hätten mit dazu geholfen, daß ein prinzipieller Gegner der Handwerker-Reform-Bestrebungen in den Reichstag gelangte.

Und noch ein zweites Moment dürfen wir hier berühren. Ein gesondertes Vorgehen der Handwerker würde aller Wahrscheinlichkeit nach dazu führen, daß bei der ersten Wahl am 21. Februar keiner der aufgestellten Kandidaten die absolute Majorität erhielte — wir würden somit eine Stichwahl bekommen und die ganze Fluth von persönlichen Gehässigkeiten und Verbitterungen noch einmal in erhöhtem Maße erleben, von der schon die erste Wahl begleitet zu sein pflegt. Es kann der Wunsch von Männern, deren Interessen nur im Frieden gedeihen können, nicht sein, den Wahlkampf unnöthig zu verlängern und zu verschärfen, zumal es wohl klar auf der Hand liegt, daß ein etwa besonders aufgestellter Kandidat der Handwerker zur Stichwahl nicht kommen würde, und daß bei einer etwaigen Stichwahl die meisten Handwerker ihre Stimmen dem Kandidaten der regierungsfreundlichen politischen Parteien geben würden.

Es ist uns ganz selbstverständlich, daß die Handwerker von dem Manne, der auch sie im Reichstage vertreten soll, Garantien verlangen; aber wir meinen, diese Garantien werden ihnen in ausreichendem Maße von dem Kandidaten der vereinigten regierungsfreundlichen Parteien, Herrn Oberbergrath Taeglichsbeck, gegeben werden.

Und werden sie gegeben — woran wir nicht zweifeln — dann giebt es für jeden Handwerker unseres Wahlkreises bei der bevorstehenden Reichstagswahl nur die eine Parole:

Gemeinschaftliches Vorgehen mit den drei regierungsfreundlichen politischen Parteien zur Herbeiführung eines gemeinsamen Sieges schon im ersten Wahlgange!

Fürst Bismarck über Monopole und Schmälerung des Wahlrechts.

Berlin, 24. Januar.

Das Abgeordnetenhaus hatte heute einen großen Tag. Es wurde noch einmal die ganze innere Situation, die Militärfrage und die Auflösung von den maßgebendsten Männern vor dem Lande zur Erörterung gebracht. Auf der Tagesordnung stand die zweite Etatsberathung. Gleich bei Beginn der Sitzung trat Fürst Bismarck in den Saal, eine seltene Erscheinung im Abgeordnetenhause! Eine Reihe kleiner Etats wurde debattelos bewilligt. Beim Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten (Gesandtschaften) aber kam es zu einer hochpolitischen und außerordentlich bedeutsamen Verhandlung. Abg. Graf Limburg-Styrum bemerkte, die Particulargesandtschaften hätten die vielfach gehegten Besorgnisse, sie würden den Particularismus fördern, keineswegs gerechtfertigt. Sie hätten nur das Vertrauen und die guten Beziehungen zwischen den einzelnen Fürsten und Regierungen verstärkt und das sei doppelt werthvoll in einer Zeit, wo das in den Reichstag gesetzte Vertrauen so arg getäuscht worden sei. Dann ergriff Fürst Bismarck das Wort, um sich über die innere Krisis und die Haltung der Regierung gegenüber derselben in einer höchst bedeutsamen Weise zu verbreiten. Der Reichskanzler führte aus, warum die verbündeten Regierungen zu der bisher bestandenen Reichstagsmehrheit kein Vertrauen hätten haben können und das Triennat hätten zurückweisen müssen. Die Regierungen hätten 1874 das Septennat zugestanden, um der liberalen Reichstagsmehrheit entgegenzukommen und als äußerste Grenze des Verzichtes auf eine dauernde Heereseinrichtung, nicht aber in der Meinung, das solle nur der Ausgangspunkt zu weiteren Concessionen an die parlamentarische Machterweiterung sein; die Regierungen hielten an dem bestehenden Recht fest und sie seien es sonach nicht, die einen Conflikt heraufbeschworen hätten. Die Reichstagsmehrheit aber habe die gefahrdrohende Situation zu einer Verschiebung der Rechte zwischen Regierung und Reichstag ausnutzen wollen, wie Wucherer die augenblickliche Nothlage ausbeuten. Kleinlicher und unerquicklicher als im gegenwärtigen Reichstag seien die Verhandlungen des alten Regensburger Reichstag auch nicht gewesen. Die Sicherung unseres Friedens liege nur in der Stärke unserer Wehrkraft, und diese wieder sei mit einer kurzen Zeitfrist nicht zu vereinbaren. Dann ging der Reichskanzler auf die der Regierung untergeschobenen Klauseln ein, als verfolge sie mit der Reichstagsauflösung ganz andere Absichten, alle möglichen reactionären Schändlichkeiten, wie Fürst Bismarck selbst sich ausdrückte. Der leitende Staatsmann stellte entschieden in Abrede, daß die Regierung gegenwärtig Monopolpläne verfolge, damit solle nur den Wählern Sand in die Augen gestreut werden. Monopole und andere drückende Steuern würden nur im Falle eines unglücklichen Krieges unvermeidlich sein, gegen einen solchen solle aber eben das neue Militärgesetz eine Bürgschaft sein. Dann charakterisirte der Reichskanzler die Reichstagsmehrheit, zu welcher man ihm zumuthe, Vertrauen zu haben, eine Mehrheit, die nicht nur aus Centrum und Fortschrittspartei, sondern auch aus allen möglichen offen reichs- und staatsfeindlichen und antimonarchischen Elementen bestehe und nur durch den gemeinsamen Haß gegen die Regierung zusammengehalten werde. Der Abg. Windthorst übernahm sodann die Vertheidigung dieser Reichstagsmajorität, die recht eigentlich unter seinem Namen und seiner Leitung wirke. Herr Windthorst hat sich in den letzten Wochen außerordentlich erschöpft und auf seinen Reden lastet das Bewußtsein einer schlechten Position und die Ahnung eines großen Mißerfolges. Aus seiner Rede, die heute wieder sehr den pathetischen Ton anschlug und immer wieder auf das Thema vom Vertrauen auf die Mehrheit Windthorst-Richter-Grillenberger und die Harmlosigkeit des Triennats zurückkam, war besonders bemerkenswerth der conante Versuch, dem Reichskanzler Anschläge auf die Verfassung, namentlich das allgemeine Wahlrecht, unterzuschieben. Er forderte in dieser Beziehung eine bestimmte Erklärung, die ihm dann auch zu Theil wurde. Nach einer warmen patriotischen Rede des Abg. von Zedlitz, welcher mit der Reichstagsmehrheit scharf aber treffend ins Gericht ging, ergriff Fürst Bismarck abermals das Wort, um nochmals Abrechnung mit dem welfischen Führer der Opposition zu halten, die Absicht von Aenderungen des bestehenden Wahlrechts entschieden in Abrede zu stellen und die Verfassungstreue der Regierung zu versichern. Aus den Ausführungen des Reichskanzlers ist noch besonders hervorzuheben, daß er die Haltung des Centrums und die Absichten der Curie für einen vollständigen Gegensatz erklärte und in Aussicht stellte, daß vielleicht eine maßgebende Kundgebung in dieser Richtung erfolgen könne. Dann hielt Abg. Richter eine recht matte Rede, um die Haltung der deutschfreisinnigen Partei zu rechtfertigen. Auch ihm erwiderte der Reichskanzler mit einer vernichtenden Kritik an der Fortschrittspartei, die Alles bekämpft habe, was Deutschland groß, reich und einig gemacht habe. Frisch und schlagend wandte sich endlich auch Abg. von Eynern noch gegen die Reichstagsmehrheit.

Politische Mittheilungen.

* Der Kaiser empfing im Laufe des vorgestrigen Nachmittags auch noch den Besuch einiger Mitglieder der Königlichen Familie und wohnte am Abend der Vorstellung im Schauspielhause bei. Nach dem Schluß derselben war bei den Kaiserlichen Majestäten eine kleinere Theegesellschaft, an welcher auch Prinz Albrecht, der Herzog von Ratibor, Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst und mehrere andere distinguirte Personen theilnahmen. Im Laufe des gestrigen Vormittags nahm Seine Majestät den Vortrag des Ober-Hof- und Hausmarschalls entgegen, arbeitete mit dem Chef des Civilkabinets und hatte Mittags eine Unterredung mit dem Geh. Hofrath Bork.

* Wie die „Kreuz-Zeitung" vernimmt, soll der neue Reichstag bereits am 1. oder 3. März (nicht erst am 8. März, wie wir nach der „Köln. Ztg." meldeten) einberufen werden.

* Die Kritik über das Wahlkartell der regierungsfreundlichen Parteien wird von der Oppositionspresse jetzt in der Weise erledigt, daß die „Germania" den Konservativen versichert, daß diese Vereinbarung „dazu da wäre, um den Nationalliberalen vollends zur Führung über die drei gouvernementalen Sektionen zu verhelfen", und die freisinnigen Blätter umgekehrt die Nationalliberalen von den Konservativen verschlucken lassen. Diese Arbeitstheilung ist, wie man sieht, sinnig und interessant, aber bis ihre Ergebnisse auch logisch sind, brauchen wir wohl die Krokodilsthränen der „Germania" und die Nationalliberalen diejenigen des „Berl. Tagebl." nicht weiter tragisch zu nehmen.

* Lücken und Lügen. Die „Freis. Ztg." entdeckt jetzt, in Ermangelung ernsthafter Gründe gegen die Stellung der regierungsfreundlichen Parteien in dem gegenwärtigen Wahlkampfe, allerhand „Lücken" in den Wahlaufrufen und sonstigen Auslassungen derselben. Bald soll es auffällig sein, daß sich „die Nationalliberalen und Konservativen über die Frage des Reichstagswahlrechts ausschweigen", bald wird es wieder als verdächtig bezeichnet, daß sie nichts über die „Steuer- und Monopolpläne des Reichskanzlers" mittheilen. Wenn die „Freis. Ztg." sich Mühe giebt, wird sie sogar noch eine ganze Reihe, sagen wir einige hundert andere Punkte entdecken, über welche die Wahlaufrufe der regierungsfreundlichen Parteien ebenfalls nichts enthalten und deren Uebergehung in einem Augenblick wo sie gar nicht zur Debatte stehen, so viel wir sehen, sehr viel weniger auffallen kann, als die Nichtbeantwortung der sehr aktuellen Frage durch den Wahlaufruf des Freisinns, welche Verfassungsbestimmungen derselbe eigentlich noch als unbedingt in Kraft stehend und für ihn verbindlich betrachten will. Ein volles halbes Dutzend solcher Minierversuche gegen die Verfassung haben wir dem Freisinn jetzt ja bereits aufgezählt und werden ihn von Zeit zu Zeit daran erinnern. Was aber den angeblichen Monopolfanatismus der Konservativen betrifft, so hat ein Fraktionsgenosse des Herrn Richter, der Abg. Alexander Meyer, am Freitag im preußischen Abgeordnetenhause selbst konstatirt:

„Das Tabaksmonopol hat in der konservativen Partei nur eine geringfügige Anzahl von Stimmen gefunden; das Branntweinmonopol hat im Ganzen drei Stimmen gefunden".

Herr Richter instruirt wohl seine Fraktionsgenossen, oder, wie die Wendung in der Redeweise der „Freis. Ztg." ausfallen würde, seine „Mamelucken", daß sie ihm wenigstens im gegenwärtigen Augenblicke die Cirkel seiner Agitations-Erfindungen in weniger drastischer Weise stören.

* Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich gestern mit den Etats der Domänen und der directen Steuern. Die Positionen wurden sämmtlich nach den Vorschlägen der Regierung angenommen, obwohl es an Einwendungen nicht fehlte. Bezüglich der Domänen wurde die Frage erörtert, was regierungsseitig zu geschehen habe, wenn bei einem Domänenpächter Vermögensverfall eintrete. Für solche Fälle bestehen neue Directiven zu geben, lag keine Veranlassung vor. Was die Erträge aus den directen Steuern betrifft, so wurden von vielen Seiten Zweifel geäußert, ob die Steigerung der Voranschläge sich als gerechtfertigt erweisen würde. An den Voranschlägen selbst wurde natürlich nichts geändert.

* **Aus Kalkutta wird gemeldet:** Prinz Friedrich Leopold ist am Sonnabend hierselbst eingetroffen. Derselbe nahm bei dem deutschen Generalkonsul, Wirklichen Legationsrath Gerlich, das Diner ein, wohnte dem von Letzterem ihm zu Ehren gegebenen Balle bei und reiste alsbald nach Beendigung der Festlichkeit mit dem Dampfer „Brindisi" der Peninsular- und Oriental-Company nach Madras ab.

Rußland. Ueber den Sturz des russischen Finanzministers Bunge und die Betheiligung des Staatsraths Katkow daran werden der Fr. Z. interessante Mittheilungen gemacht, welche zeigen, welchen Einfluß dieser besitzt. Herr Bunge, der inzwischen Präsident des Ministerraths geworden, gilt beim Czaren sehr viel. Der Sieg ist Katkow nicht leicht geworden. Er hatte durch seine Haltung bei Veröffentlichung des bekannten Regierungskommuniquees, das die Leser der Moskowskja Wjedo-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870126 1-15/fragment/page=0001

woki vergebens in den Spalten ihrer Zeitung suchten, in den leitenden Kreisen sehr verstimmt, und als er nach Petersburg kam und beim Czaren selbst seinen Einfluß für einen Wechsel der Politik geltend machen wollte, mußte er erfahren, daß er seine Stellung doch überschätzt habe und für seine Projekte kein Boden vorhanden sei. Bei diesen Projekten stand ihm auch der Finanzminister schon seit lange im Wege und Katkow versuchte nun auf Umwegen sein Ziel zu verfolgen. Er kam zum zweiten Mal nach Petersburg, und zwar mit der schon unterwegs offen ausgesprochenen Absicht, den Finanzminister zu Fall zu bringen. „Bunge ist mir schon lange langweilig", soll er schon auf der Reise geäußert haben, „und diesmal soll er fort." Diese Aeußerung war bekannt geworden, wurde auch in Hofkreisen weitererzählt, und als Katkow um eine Audienz nachsuchte, wurde er zuerst abschlägig beschieden, später aber sehr kühl empfangen. In leitenden Kreisen frohlockte man bereits darüber, daß es nunmehr mit dem Einflusse Katkow's zu Ende sei und die Stellung Bunge's galt für fester denn jemals. Katkow versuchte nun noch einen letzten Schritt. Er unterbreitete dem Czaren eine Denkschrift, in welcher er die finanzielle Lage des Reichs ausführlich darlegte und für eine Aenderung des Finanzsystems eintrat. Diese gab trotz der Mißstimmung gegen den Publizisten, weil die Reichsinteressen im Spiel waren, den Ausschlag und Katkow ging triumphirend wieder nach Moskau zurück. Sein Kandidat, Wyschnegradski, wurde denn auch zum Finanzminister ernannt.

Niederlande und Belgien. Sozialistische Aufführungen. In einer Theatervorstellung in Gent, in welcher viele Arbeiter anwesend waren, kam es zu Thätlichkeiten im Publikum, in Folge deren die Polizei zahlreiche Verhaftungen vornahm. Vor den Eingängen zum Theater sammelte sich eine größere Menge Sozialisten an, welche die Marseillaise sang. — In Jette ist die Ruhe wieder hergestellt.

— Da der Marineminister Gericke auf seinem Entlassungsgesuche besteht, hat der König den früheren Marineoffizier Tromp zum Minister der Marine ernannt.

Bulgarisches. Nach Meldungen, die der „Agence Havas" aus London zugehen, hätten die Mächte einer Aufforderung Rußlands zum Austausche ihrer Ansichten über die bulgarische Frage zugestimmt. England allein hätte einen Vorbehalt über die Reihenfolge der zu behandelnden Fragen gemacht und sei in erster Reihe dafür, die Frage der Fürstenwahl zu regeln, während Rußland vor allem den Rücktritt der gegenwärtigen Regierung verlange.

Rede des Herrn von Bennigsen.

Herr v. Bennigsen hat vorgestern in Hannover vor einer großen Anzahl von Gesinnungsgenossen die angekündigte, von uns schon kurz skizzirte Rede gehalten, in welcher er die politische Lage schilderte und dann das Zusammengehen der Liberalen und Conservativen für den besonderen Zweck des Septennats begründete. Herr von Bennigsen gab zunächst eine Uebersicht über die Entwickelung der jetzigen Nothlage und erklärte dann es für die Pflicht eines Jeden, unter den gegenwärtigen Umständen zu thun, was in seinen Kräften stehe. Besonders bemerkenswerth erscheint, was er in Betreff der Behauptung der Mehrheit sagte: es sei Alles der Regierung bewilligt worden.

„Meine Herren! Diejenigen, welche bei der Abstimmung in der zweiten Lesung über das Militärgesetz die Mehrheit hatten, sie haben allerdings nach längerem Zögern und auf manchen Umwegen die Mehrforderungen für die Friedenspräsenz, die Aushebungs-Verstärkung und Vermehrung der Bestandtheile unseres Heeres bewilligt. Ich will nicht näher darauf eingehen, daß diese Mehrheit bei der dritten Lesung wieder zerstäubt sein würde, denn zu Stande kam sie nur dadurch, daß das Centrum und die Deutschfreisinnigen, welche für sich allein die Mehrheit nicht bilden, eine Unterstützung bei diesem Beschluß fanden durch die Stimmenthaltung oder durch die Zustimmung der auf der linken Seite des Reichstags sich befindenden Gruppen, deren Führer mehr oder weniger offen erklärt hatten, daß sie in der dritten Lesung für diese Vermehrung des Heeres, der Friedenspräsenz und der Aushebung nicht stimmen würden. Ich halte mich allein an diese beiden großen Parteien. Sie haben nach langem Ueberlegen und Weiterungen zuletzt die Forderungen, welche die Regierung stellte, auf Vermehrung der Friedenspräsenzstärke von 41000 Mann, auf Vermehrung ungefähr der jährlichen Aushebung von 10000 Mann, auf Verstärkung der Armee durch 5 Regimenter, 1 Jäger-Bataillon, 15 neu zu formirende 4. Bataillone, verschiedene andere Truppenabtheilungen, sowie die dazu erforderlichen dauernden jährlichen Ausgaben von 23 Millionen Mark, sie haben dies Alles bewilligt und wie Sie wissen, thun sie sich sehr viel darauf zugute, daß, wie der Führer des Centrums diese Redewendung eingeführt hat, jeder Mann und jeder Groschen in der Forderung der verbündeten Regierungen von ihnen genehmigt sei, und doch hätten die verbünd. Regierungen die Genehmigung ihrerseits abgelehnt! M. H.! Angesichts der von der Militärverwaltung nachgewiesenen bewilligten Verstärkung der Armeen in den Nachbarstaaten, insiondere in Frankreich, ist allerdings auch trotz erheblicher Erhöhung der schon jetzt so starken Militärlasten diese Bewilligung schließlich von den beiden großen Oppositionsparteien ausgesprochen, sie ist aber geknüpft an die Bedingung, welche die Reichsregierung für unannehmbar bezeichnet hatte und noch heute bezeichnet, daß nicht mehr wie jetzt schon zwei Mal in der Vergangenheit auf Grund einer erfreulichen Verständigung von Reichstag und Regierung für sieben Jahre diese Stärke festgestellt werden solle, sondern nur für drei Jahre."

Vergeblich hätten der Reichskanzler und die Vertreter der Regierung, die militärischen Sachverständigen die Nothwendigkeit der vollen Bewilligung betont, vergeblich auch der Reichskanzler vor der Gefahr eines Verfassungsstreites gewarnt. Was der Reichskanzler über die Stimmung und die Verhältnisse in Frankreich gesagt habe, davon könne man überzeugt sein, daß es richtig sei. Zu Allem, was Frankreichs Uebelwollen erkläre, könne aber noch ein Umstand hinzugerechnet werden: der Wunsch, unsern wirthschaftlichen Wohlstand zu zerstören, weil wir auf wirthschaftlichem Gebiet ein gefährlicher Nebenbuhler Frankreichs seien.

„Wenn wir ein besseres Ergebniß für diese so wichtigen Fragen durch die Wahlen für den nächsten Reichstag erlangen wollen, dann ist Eins allerdings nöthig, daß die Deutschen praktisch und energisch genug sind, einmal ihre ganze Aufmerksamkeit und Thätigkeit auf diese eine Frage zu richten: Wahl eines Reichstages, welcher bereit ist, in seiner Mehrheit jeden Streit über Fragen der militärischen Organisation zu vermeiden (Bravo). Wahl eines Reichstages, welcher vor allen anderen wichtigen Aufgaben seine volle Zeit aufwenden wird, um für sieben Jahre, wie schon zwei Mal beschlossen ist, einen Waffenstillstand sich zu sichern, daß nicht in jedem Jahre oder nach je drei Jahren dieser gefährliche Kampf wieder ausbreche, welcher unser ganzes politisches Leben bedroht. (Bravo.) Ich glaube, Sie werden es mit mir mit Freuden anerkennen, daß die Nation im Stande sein wird, einmal alle anderen Fragen im entscheidenden Augenblick bei der Frage nach der Existenz Deutschlands gegenüber anderen Mächten zurückzustellen. Das ist der Grund gewesen, weshalb wir in Berlin uns mit der Reichspartei und der deutsch-konservativen Partei verständigt haben, um für diesen bestimmten Zweck bei den Wahlen zusammen zu gehen, daß nur Männer in den nächsten Reichstag gewählt werden, welche das Militärgesetz auf die nächsten 7 Jahre zum Abschluß bringen. (Bravo.) Meine Herren! Ueber dies Abkommen, worüber Sie nachher in einer Ihnen vorzulegenden Resolution auch noch zur Aeußerung und Beschlußfassung aufgefordert werden, hat die nationalliberale Partei die schwersten Angriffe vom Zentrum und von links erfahren, namentlich hat man die Sache so darzustellen versucht, als ob mit einer Verständigung für diesen einen bestimmten Zweck zugleich die Vermischung und Verschmelzung der Nationalliberalen mit den konservativen Parteien eingetreten sei. Vergebens haben wir in dem Aufruf gesagt, „unsere Stellung zu den großen Fragen der Reichspolitik bleibt dieselbe wie bisher", vergebens haben wir hervorgehoben, daß es sich hier nur dreht um ein bestimmtes Handeln für einen bestimmten Zweck, daß garnicht davon die Rede ist, die Parteien zu verschmelzen und daß im Uebrigen die Nationalliberalen nicht minder wie die Konservativen ihr besonderes Programm und ihre besondere Auffassung entfalten können. Ich weiß nicht, wie alle von Ihnen darüber denken, ich möchte aber glauben, daß überwiegend die Ansicht hier vertreten ist, welche ich und meine Freunde über diese Frage immer gehabt haben: Zusammengehen können wir sehr wohl mit den Konservativen in einzelnen Punkten, verschmelzen können und wollen wir uns nicht (Bravo!), wir wollen eine liberale Partei bleiben und sie überwiegend eine konservative, das ist meine Ueberzeugung, welche ich stets gehabt habe und welche ich auch heute noch habe. Ich erkläre also offen, daß ich nach wie vor eine solche politische Vereinigung für unausführbar halte. Meine Herren! Wir sind aber nicht bloß wegen einer solchen vermutheten Vereinigung angegriffen worden, es ist auch gesagt, wie können wir liberale Männer mit den konservativen Parteien in den Reichstag wählen, der nachher gebraucht und gemißbraucht wird für Tabaks- und Branntweinmonopol und für alle möglichen Rückwärtsbewegungen in der Verfassung. M. H., ich halte diese Ausführungen mehr für taktisch als ernst, aber es kann doch nichts schaden, wenn ich hier konstatire, daß für das aufgeworfene Projekt von Tabaks- und Branntweinmonopol und von Rückwärtsredigirung in der Verfassung unter den Nationalliberalen der Provinz Hannover keine Zustimmung zu finden ist. (Lebhaftes Bravo.)

Herr von Bennigsen schloß seine Rede mit einem eindringlichen Aufruf an die Wähler, alle ihre Kräfte daranzusetzen, daß die von den Anhängern der Heeresvorlage aufgestellten Kandidaten gewählt würden. Die Erklärung des Herrn von Bennigsen, ein Mandat zum Reichstag wieder annehmen zu wollen, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen, der sich nach Schluß der Rede wiederholte. Die Versammlung beschloß einstimmig, dem von der nationalliberalen Partei erlassenen Aufruf zuzustimmen und erklärte gleichfalls einstimmig ihre Anerkennung des Wahlbündnisses mit den Konservativen. Nachdem sodann der Abgeordnete Römer (Hildesheim) ein Hoch auf Herrn von Bennigsen ausgebracht hatte, schloß dieser die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser, in welches die Versammlung mit jubelnder Begeisterung einstimmte. — Herr von Bennigsen wird im 18. hannoverschen Wahlkreise (Stade) kandidiren.

Landtag.

Abgeordnetenhaus.

6. Plenarsitzung vom 24. Januar.

Am Regierungstisch: Ministerpräsident Fürst Bismarck, die Minister v. Scholz, Dr. Friedberg, Bronsart v. Schellendorff, v. Puttkamer, Unterstaatssekretär Meinecke, Staatssekretär Graf Bismarck, Geh. Ober-Regierungsrath Rottenburg.

An Vorlagen sind eingegangen: Verschiedene Berichte aus der Eisenbahn-Verwaltung, sowie eine Denkschrift über die auf Grund des Gesetzes betr. Beförderung deutscher Ansiedelungen in Westpreußen und Posen getroffenen Maßregeln.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

Das Haus tritt in die zweite Berathung des Entwurfs des Staatshaushalts ein.

Die Kapitel, a) Rente des Kronfideikommiß-Fonds, b) Zuschuß zur Rente des Kronfideikommiß-Fonds, c) Central-Verwaltung der Domänen und Forsten d) Kriegsministerium werden ohne Debatte genehmigt.

Beim Etat des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten erhält das Wort der

Abg. Graf zu Limburg-Stirum (kons.): Nachdem das Reich geschaffen, zeigte sich grade bei den größten Freunden unserer Institutionen ein Bedenken gegen diese Gesandtschaften. Man hielt sie für einen Rest des Partikularismus und glaubte, daß sie den Partikularismus förderen. Man glaubte, daß der Schwerpunkt der deutschen Einheit im Reichstage liege, und daß durch diesen die Einheitsidee am wirksamsten vertreten werde. Die Haltung der Fürsten Deutschlands hat aber — allerdings auch in Folge dessen, daß die Gesandtschaften geschickt benutzt worden sind — alle etwaigen Besorgnisse durchaus beseitigt. Wir haben daher alle Veranlassung, die Königliche Staatsregierung auf ihrem Wege zu ermuthigen und die Position zu bewilligen. Denn wie soll sich unser Vertrauen in erster Linie einem Reichstage zuwenden, der in den Finanzfragen steril ist und die wichtigsten Forderungen nicht befriedigt, obgleich er allein dazu im Stande ist, der in der wichtigsten Frage, der Militärfrage, eine solche Haltung eingenommen hat? (Große Unruhe, Widerspruch. Ruf: zur Sache!) Ich sprach zur Sache, ich sprach davon, daß die Regierung sich nach anderen Hilfsquellen umsehen muß, wenn bedauerlicherweise der Reichstag die Landesinteressen den Parteiinteressen unterordnet mit einer Majorität, der sich alle reichsfeindlichen Elemente angeschlossen haben. Wir können dem Reichskanzler und den deutschen Regierungen nicht genug Dank wissen, daß sie die Beziehungen zu den auswärtigen Staaten so sicher gestaltet haben. Es dürften daher alle früheren Bedenken gegen diese Petition geschwunden sein. (Beifall rechts.)

Ministerpräsident Fürst von Bismarck: Ich habe im Auftrage Sr. Majestät des Königs in dieser Angelegenheit dem Hause einige Mittheilungen zu machen über die Stellung, die ich darin in meiner Eigenschaft als Reichskanzler zu vertreten habe. Die verbündeten Regierungen haben bei Abschluß der Verträge, auf denen das Reich beruht, sich wesentlicher Rechte zu Gunsten des Königs von Preußen in seiner Eigenschaft als Deutscher Kaiser entäußert, für deren Ausübung im Interesse des Reichs der König von Preußen verantwortlich ist. Der König von Preußen hat das Recht nicht, diese Rechte an Dritte abzutreten, am allerwenigsten diejenigen ihm übertragenen Rechte der verbündeten Regierungen, auf denen ihre Möglichkeit und ihre Pflicht, Deutschland gegen auswärtige Feinde zu schützen, beruht. Die Verwendung der Mittel dazu haben sie nach der Verfassung Sr. Majestät dem Kaiser, nicht aber der Majorität des Reichstages, am allerwenigsten den Führern von Parteien anvertraut, die einen strengeren Despotismus ausüben. Dem Reichstage weiter hinaus Rechte zu geben, als von den Fürsten ihm übertragen sind, liegt daher außerhalb der Berechtigung, die Sr. Majestät dem Kaiser zusteht und deren sich zu entäußern Se. Majestät der König weder die Absicht noch Berechtigung hat. Ich will auf die Frage eingehen, ob die preußische Politik, wie sie im Bundesrath vertreten wird, eine zu große Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der Reichsmajorität bewiesen hat, eine Nachgiebigkeit, in der sie sich in ausnahmsloser Uebereinstimmung mit ihren Bundesgenossen befunden hat. Die Presse hat vielfach den Unterschied zwischen drei und sieben Jahren als bedeutungslos angesehen ganz abgesehen davon, daß der Reichstag die Militärvorlage uns gar nicht bewilligt hätte, aber das Triennium ist für uns unannehmbar gewesen nach der Art, wie es angeboten und eingeleitet wurde. Anders wäre es gewesen, wenn man zugeben wollte, daß der Reichstag einseitig im Wege der Budgetbeschlüsse berechtigt wäre, die Höhe der Streitkräfte, auf der Deutschlands Sicherheit beruht, festzulegen. Schon der Vorschub dieses bloßen Rechtsirrthums, dieser verderblichen Auslegung der Verfassung würde uns abgehalten haben, auf diese Beschlüsse einzugehen. Es war vor 12 Jahren — im Jahre 1874 — zur Zeit, als zum ersten Male die Präsenzziffer behandelt wurde, den verbündeten Regierungen in keiner Weise zweifelhaft, daß die Verfassung, wenn sie in ihrem Artikel 60 bestimmte, daß die Präsenzziffer im Wege der Gesetzgebung festgelegt werden sollte, daß sie damit das Prinzip der gewöhnlichen Gesetzgebung nicht als aufgehoben betrachten wollten, sonst würde das ausdrücklich gesagt worden sein. Es ist darüber kein Zweifel vorhanden, daß sie eine Absicht hierzu nicht gehabt haben. Die Regierungen würden formell im Rechte gewesen sein, wenn sie 1874 darauf beharrt hätten, daß ein Gesetz gemacht werden sollte von der gewöhnlichen Dauer eines Gesetzes, als Aeternat. Lediglich um den Wünschen der damaligen Mehrheit des Reichstages, die vielleicht auch nicht darauf bestanden hätte, nur deshalb, um dem Deutschen Reiche eine friedliche, stetige Fortentwickelung zu sichern, haben die Regierungen damals auf Initiative Seiner Majestät des Kaisers zu einer periodischen Bewilligung von 7 zu 7 Jahren ihre Zustimmung gegeben. Damit haben sie einen Compromiß geschaffen, der schließlich einen Anhaltepunkt bot, bei der jedesmaligen Behandlung der Frage im Reichstage die Grundlage des deutschen Verfassungslebens und des Bundes zu erschüttern. Wenn sie diese Nachgiebigkeit geübt haben, so ist es nicht ihre Absicht gewesen, diese Konzession durch neue Konzession noch zu überbieten. Die verbündeten Regierungen sind der Ueberzeugung, daß die einmalige principielle Konzession, dieser einmalige Verzicht auf verfassungsmäßige Rechte, das weiteste Entgegenkommen gewesen ist, das sie zeigen konnten und über das hinaus sie sich nicht drängen lassen. Darin besteht auch der Unterschied zwischen Septennat und Triennat. Es ist die Frage, soll die Verfassung fortan unzweifelhaft bleiben, oder soll sie durch Kompromisse sich einleben, oder in friedlichem Einverständniß weitergebildet werden. Mit der Idee, daß sie im Wege des Budgets alles anzweifeln und versagen können, kommen wir nicht weiter. Es steht vollkommen gleichberechtigt das Budgetrecht des Bundesraths gegenüber; der Bundesrath kann einem Budget nicht seine Zustimmung geben, das seiner Ueberzeugung nach die Vertheidigung des Deutschen Reiches nicht genügend wahrt. Die Regierungen sind es, die den Konfliktsweg scheuen und dringend gebeten haben, ihn Ihrerseits zu vermeiden. Es ist schon hinreichend unterschieden worden zwischen Septennat und Triennat. Die Verfassungsfreunde sind hier auf der Seite der Regierung, diejenigen sind aber keine Freunde der Verfassung, die jeden Augenblick Differenzpunkte zwischen Parlament und Fürsten schaffen. (Sehr wahr! rechts.) Die Herren erinnern sich vielleicht der Thätigkeit des Regensburger Reichstages, der zu der Zeit, als die Türken Wien belagerten und die Franzosen das Elsaß raubten, sich über die Rangstellung der Gesandten der deutschen Fürsten stritten (Sehr richtig! Große Heiterkeit rechts) Ebenso kleinlich scheint mir der Standpunkt des jetzigen Reichstages zu sein, der in dem Moment, wo der Kaiser und die Fürsten den Beistand des Parlamentes fordern, weil sie der Ueberzeugung sind, daß ihre Forderung zum Wohle der Nation nothwendig ist, sich in kleinlichen Verfassungsstreitigkeiten ergeht, und nach Art des Wucherers die Noth benutzt, um noch etwas abzudrücken. (Lebhafter Beifall.) Es giebt aber auch einen Unterschied zwischen Septennat und Triennat, der nach außen ins Gewicht fällt. Nicht nur die Wehrkraft des Reiches sollte erhöht werden, sondern die Rücksicht auf die europäischen Konstellationen hat den Wunsch erzeugt, daß wir das Heer um 200000 Mann, wie sich die Rechnung nach 12 Jahren stellt, vermehren müßten. Dieses Anwachsen der deutschen Streitkräfte halte ich für ein wesentliches Element des Friedens, weil es den geeigneten Eindruck auf das Ausland macht. Ich will in die Diskussion hierüber nicht weiter eintreten, das habe ich schon im Reichstage erörtert, und will nur noch die Ziffer nennen, daß es auf das Ausland für die späteren Zeiten doch einen erheblichen Unterschied macht, ob wir eine Verstärkung von nur 48000 Mann, d. h. eine dreijährige Aushebung von 16000 Mann, oder ob wir, überzeugt von dem Ernste der Lage, auf sieben Jahre diese selbe Verstärkung der Armee fordern. Es ist hier in der Diskussion neulich angedeutet worden, als könnten wir mit der Auflösung andere Zwecke als die der Verstärkung des Heeres verbunden haben — eine Aeußerung, mit welcher man den urtheilslosen Theil der Wähler überreden will, als wollten wir einen Reichstag bekommen, der geneigt wäre, das Monopol zu bewilligen. Meine Herren, ich kenne das Maß der Urtheilskraft der Wähler allerdings nicht, aber von denen, die zu den anderen Parteien gehören, von denen bin ich ganz sicher, daß sie zwischen einem Abgeordneten, der das Monopol bewilligen wird und einem, der die Heeresvermehrung bewilligen wird, sehr wohl zu unterscheiden wissen. So dumm sind die Leute nicht, daß sie sich einen Kandidaten aufschwatzen lassen, von dem sie nicht wissen, ob er nicht außerdem noch allerhand reaktionäre Schändlichkeiten mit der Regierung treiben könnte. (Große Heiterkeit). Das Wort Reaktion, das ja heute immer sich einstellt, ist bei dieser Gelegenheit wieder in Blättern, die mit Reichstagsabgeordneten in näherer Berührung stehen, aufgetaucht. Das ist eine Verleumdung der Regierung, an die die ehrlichen Unterthanen nicht glauben. Wir wünschen nicht, daß Sie es uns unmöglich machen, die Militärvorlage durchzusetzen — möglich wird es uns dennoch trotz aller der Schwierigkeiten, die Sie uns entgegensetzen, trotz der Stöcke, die Sie uns zwischen die Beine werfen — aber ich wünschte nicht, daß Sie durch einmaliges Bearbeiten das Zutrauen der Wähler erwerben möchten. Die Monopolfrage hat der Abgeordnete Windthorst dem Finanzminister gegenüber wieder zur Sprache gebracht, er hat ihn ausgehorcht, was er über eine vielleicht zukünftige Einführung des Monopols denken möchte. Und der Herr Finanzminister hat ihm genügend darauf geantwortet, obwohl ich bedauere, daß er den Abg. Windthorst nicht bei dieser Gelegenheit interpellirt hat: Was denken Sie über eine zukünftige Wiederherstellung des Königreichs Hannover? (Lebhaftes Bravo! Heiterkeit.) Die Monopole, die werden kommen, wenn wir einen unglücklichen Krieg geführt haben, wenn wir so erschöpft sein werden, daß wir zu jedem Mittel unsere Zuflucht nehmen müssen; dann werden wir nicht blos das Monopol, sondern sehr viel härtere Steuern bekommen; und wenn wir militärisch schwach sind, so werden wir als Geschlagene schließlich auch die Monopole auferlegen müssen, um die feindliche Kontribution zu bezahlen. (Sehr richtig! rechts) Das müssen auch die heftigsten Monopolfeinde nicht in Abrede stellen. Ich habe vorhin gesagt, daß Se. Majestät der Kaiser zu der jetzigen Reichstagsmajorität nicht mehr das ordentliche Vertrauen hat, und deshalb in seiner Eigenschaft als König von Preußen die Auflösung beantragt und herbeigeführt hat. Ich glaube, daß dieses Mißtrauen gegen die Thätigkeit der Reichstagsmajorität von dem Kaiser vollständig berechtigt ist, wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese Majorität nur dadurch zu Stande kommt, daß nach eigenem Geständniß der Führer Intransigenten durchaus unentbehrlich sind, um diese Majorität herzustellen. (Sehr richtig!) Vergegenwärtigen Sie sich diese Majorität. Es sind diese Intransigenten ungefähr 70: 25 Sozialdemokraten, 15 Polen und einige Lothringer und Franzosen, — das macht 55; dann sind die Welfen — wenn ich mich nicht irre — 11, dann die Volksparteiler ꝛc. Diese 70 ziehen Sie ab von der Majorität, dann haben Sie die Fortschrittspartei — wenn ich mich nicht irre, 64, das Zentrum 99, zusammen ungefähr 160. Denen gegenüber die Nationalliberalen, Deutsch- und Freikonservativen mit ungefähr 150. Die balanciren sich ziemlich und die 70 Intransigenten und antimonarchischen Reichsfeinde entscheiden die Beschlüsse. Wie soll da die Zukunft unseres Reichs sich gestalten? (Sehr wahr! rechts.) Nun geben die Führer dieser Parteien die Instruktion so aus, daß die Fortschrittspartei in der Lage ist, dasselbe zu thun, wofür die Intransigenten stimmen, und wieder auch der Abgeordnete Windthorst in der Lage ist, sich jedem Schritt, den die Fortschrittler machen, anzubequemen, so daß er schließlich der Führer einer so heterogenen Masse ist,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1687216781887O1261-15/fragment/page=0002

die nur durch den gemeinsamen Haß zusammengehalten ist, der mich an die Freundschaft des Herodes und Pilatus erinnert; die beiden lieben sich bekanntlich auch nicht sehr, aber um einen Dritten zu verderben, finden sich die schönen Seelen zusammen. — Ich habe von derselben Freiheit Gebrauch gemacht, die von der Opposition so häufig benutzt wird, um bei Gelegenheit einer Budgetdiskussion in sehr weit hergeholter Weise ihr Herz zu erleichtern. Ich habe meinerseits Niemandem eine Unannehmlichkeit sagen wollen. (Große Heiterkeit; Widerspruch.) Ich habe nur nochmals die Vaterlandsliebe und Verfassungstreue feststellen wollen als die alleinigen zwingenden Motive, welche die verbündeten Regierungen bei ihrem Entschlusse, an einem Septennat und nicht an einem Triennat festzuhalten, geleitet haben und sie auf eine Bahn weisen, auf der es keine Umkehr und keine Nachgiebigkeit giebt. (Wiederholtes lang andauerndes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen, Zischen links und im Zentrum.)

Abg. Dr. Windthorst: Ich bin hierher gekommen in der Meinung, es werde heute keine wesentlichen Erörterungen geben, namentlich bei diesem Etat. Besondere Motive mussen den Herrn Reichskanzler zu seinem Hierherkommen veranlaßt haben. Ich glaube der Herr Reichskanzler und der Graf Limburg-Stirum sind vorher über ihre Reden einig gewesen. Die Gerüchte gewinnen an Konsistenz, daß es sich um Beseitigung des allgemeinen Stimmrechts handelt und man Delegationen aus den Landtagen für besser hält. (Sehr richtig! rechts.) Das war auch früher im alten Bundesrathe der Fall, wo Preußen sich dagegen aussprach. Damals wollte Herr v. Bismarck die Verfassung populär machen, das ist anders geworden. Man wird an dem bestraft, womit man gesündigt hat! Ich hätte damals das allgemeine geheime Wahlrecht nicht befürwortet, wenn ich dazu in der Lage gewesen wäre, jetzt aber dürfen wir an dieser Basis nicht rütteln, mag uns der Herr Reichskanzler eine das Land beruhigende Erklärung geben, das würde auf die Wahlen einen günstigen Eindruck machen. Nach dem Duett des Herrn Grafen und des Herrn Fürsten mußte ich den Grundtext dazu angeben. Vorsicht bei den Wahlen ist jetzt doppelt geboten, — möge Gott das Land vor ernsten Konflikten bewahren. (Lachen bei den Nationalliberalen.) Hier ist kein Grund zum Lachen, — ich mache keine Konflikte, wenn sie aber kommen, so werden sie jetzt muthwillig heraufbeschworen. Diese Konflikte werden auf die Sicherheit und den Bestand des Reiches und der Krone einwirken. (Oho! rechts.) Man beschwört schwere soziale Gefahren herauf, die bis in die tiefsten Schichten des Volkes wirken werden. An diesem als Kampfpreis gegebenen Volksrecht darf nicht gerüttelt werden, sonst wird man es auf alle Weise wiederherzustellen suchen. Es wird jetzt nicht mehr geleugnet, daß der Reichstag bewilligt hat, was die Regierung verlangte. (Gelächter.) Der Reichskanzler ruft: Nein! Die Marine, die Eisenbahnbetriebe und andere Kriegsbedürfnisse brauchen auch einjährige Bewilligungen, warum soll es nun ein so großes Verbrechen sein, auch anderen Kriegsbedarf auf ein Jahr zu bewilligen? Alle europäischen Staaten haben doch einjährige Militäretats. Ein Eingriff in die Verfassung wäre das nicht, nach Ablauf der verflossenen Periode unterlag ein weiterer Vorschlag der eingehenden Berathung. Von einem festen Abkommen, einem präjudiziellen Herkommen ist nirgends die Rede! Wir sind der Regierung auf drei Jahre entgegengekommen, alle Gründe, die sich gegen drei Jahre geltend machen lassen, lassen sich auch gegen sieben Jahre geltend machen. Nur ein Aeternat würde eine Aenderung sein. Die Anforderungen des Militärstaates steigern sich derartig, daß man verhindern muß, daß diese Ausgaben in infinitum fortdauern. Auch Herr v. Minnigerode und der Herr Finanzminister haben die finanziellen und wirthschaftlichen Zustände wenig glänzend dargestellt. Da war es die Pflicht der Volksvertretung, auf Ersparnisse zu dringen, wenn auch nicht auf Kosten der Sicherheit des Landes. Hat man in letzterer Beziehung das Vertrauen nicht zum Reichstage, so löse man für immer auf und regiere absolut — das würde viel billiger sein als mit dem Reichstage! Zu meinem Bedauern muß ich dem Herrn Reichskanzler sagen, daß weder seine heutige, noch seine Reichstagsreden überzeugt haben. (Lachen rechts.) Der lacht am besten, welcher zuletzt lacht, — und das wollen wir mit Ruhe abwarten! Die Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers in Bezug auf die Monopole waren unbestimmt. Auf die Frage bezüglich der Herstellung des Königreichs Hannover gehe ich nicht ein. (Gelächter.) Ich stehe auf dem Boden der Verfassung und werde auf diesem Boden bleiben, auch wenn Andere die verfassungsmäßigen Rechte des Reiches incl. des allgemeinen Wahlrechts angreifen. Wenn man Gefühle der Pietät aus der Vergangenheit hat, so sollte das ein königstreues Volk ehren und nicht immer darüber höhnen. — M. H., die Monopole müssen immer wieder als in der Luft liegend hingestellt werden, weil der Finanzminister das Branntweinmonopol als nothwendig hingestellt hat. Wie ist es möglich, diese Thatsache als irrelevant hinzustellen? Der sehr pflichttreue Herr Reichskanzler muß doch das, was nach seiner Ueberzeugung nothwendig und heilsam ist, vertreten. Ich kann mir also nichts anderes denken, als daß durch dies immer wieder hervortretende Hineindrängen der Volksvertretung in neue Ausgaben die Nothwendigkeit der neuen in der Luft liegenden Monopol-Vorlagen dringend gemacht werden soll. Alle Parteien des Reichstages, die Konservativen, die Freikonservativen, auch die Nationalliberalen sind schon als Reichsfeinde vom Reichskanzler bezeichnet worden. (Lachen rechts.) Ja, auch Sie, meine Herren, haben Ihre Hiebe bekommen, — Sie hätten noch mehr verdient! (Heiterkeit). Jeder, der nicht sofort der Regierung zustimmt, wird als Reichsfeind bezeichnet; der Reichskanzler bleibt bei seinen Gewohnheiten. Bedenklich ist die Koalition von Konservativen und Nationalliberalen in diesen Fragen. Wunderbar genug ist es, daß diejenigen, die sich das Verdienst zueignen, das Reich gegründet und befestigt zu haben, daß diese sich zusammenthun, um den Reichstag zu erschüttern (oho! rechts und bei den Nationalliberalen). Möge Gott in diesem Konflikt die Hand halten über Deutschland und über Preußen! (Langanhaltendes Zischen und Beifall links und im Centrum.)

(Schluß der Verhandlungen in der 2. Ausgabe.)

Zur Wahlbewegung.

Herr von Bennigsen wird in dem bisher von Herrn Cornelsen vertretenen Wahlkreis Stade sich um ein Reichstagsmandat bewerben. Herrn Miquel sind bereits zahlreiche Candidaturen angeboten, namentlich Friedberg und Kaiserslautern, ersteres bisher durch den deutschfreisinnigen Herrn Hinze, letzteres durch den volksparteilichen Herrn Grohe vertreten.

Feldmarschall Graf Moltke hat die ihm angetragene Kandidatur im 11. Berliner Reichstagswahlkreise abgelehnt.

∾ **Merseburg**, 24. Januar. In der heute hier stattfindenden Versammlung der nationalen Parteien wird hoffentlich ein Reichstags-Candidat aufgestellt werden, welcher wieder eine eigene Meinung hat und auch im Stande ist, diese Meinung selbst zu äußern, ohne sich hierzu eines Rechtsanwalts zu bedienen, und es ist wohl zweifellos, daß dieser Candidat im hiesigen Wahlkreise Merseburg-Querfurt mit großer Stimmenmehrheit gewählt wird, da über die Thätigkeit bezw. Unthätigkeit des bisherigen Abgeordneten Banse in allen Kreisen eine große Unzufriedenheit herrscht, welche die von Ihnen erwähnte Maulwurfsarbeit des ehemaligen Reichstagsabgeordneten und seines Freundes, des ehemaligen Schlossers Bicht, schwerlich wird beseitigen können trotz des Vorschwindelns von Monopolen, an die kein Mensch glaubt.

Y Eisleben, 23. Januar. In der heutigen im Wiesenhause hierselbst anberaumten Versammlung von Mitgliedern der konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Partei beider Mansfelder Kreise wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, unsern bisherigen Abgeordneten, Herrn Geheimen Bergrath Leuschner, als Kandidat aller drei Parteien für die bevorstehende Reichstagswahl aufzustellen. Herr Geheimrath Leuschner hat sich bereit erklärt, eine Wiederwahl anzunehmen.

ʒ **Cassel**, 24. Januar. Ueber die Wahlbewegung im ehemaligen Kurhessen und im Fürstenthum Waldeck ist Folgendes zu melden: Konservative und Nationalliberale haben ein Wahlbündniß dahin abgeschlossen, daß der bisherige Besitzstand (7 konservative und 2 nationalliberale Abgeordnete) gewahrt wird. Nur tritt der Wechsel ein, daß in Hanau für den den Nationalliberalen nicht genehmen Bürgermeister Hellwig (Hadamar) ein anderer Candidat aufgestellt werden soll. In Cassel candidirt an Stelle des Landescreditkassendirektors Dr. Lotz der Consistorialpräsident Weyrauch. In Fulda will man den Wahlkreis mit Hülfe des konservativen, aber streng katholischen Fürsten Isenburg-Birstein den Ultramontanen abzunehmen suchen. Rein antisemitische Candidaten treten in vier hessischen Wahlkreisen auf, während die Sozialdemokraten in Cassel und Hanau nicht ohne Aussicht auf Erfolg für eigene Candidaten agitiren, deren Unterstützung durch die Deutschfreisinnigen in der Stichwahl sicher ist.

— pt. Der Vorstand des „Conservativen Landes-Vereins im Königreich Sachsen“ hat soeben seinen Wahlaufruf erlassen. Er bittet die Wähler nur conservativen und nationalliberalen, oder Compromiß-Candidaten ihre Stimmen zu geben. In Dresden soll der frühere Abgeordnete, Baumeister Hartwig, wieder aufgestellt werden; auch im 19. sächsischen Wahlkreis werden National-Liberale und Conservative einen gemeinsamen Candidaten aufstellen. Für Dresden-Neustadt hat die Sozialdemokratie Kaden aufgestellt. Die hier studirenden älteren Semester wollen demnächst einen Aufruf an unsere älteren, wahlberechtigten Studenten erlassen, der die Aufforderung, nur reichstreu zu wählen, enthalten wird.

— Die Socialdemokraten in Dresden kündigen für die bevorstehenden 2 Wahlmonate das Erscheinen eines Blattes an, welches sich „Der Wahl-Correspondent“ nennt und lediglich über den Stand und Ausfall der Wahlen berichten will.

Heer und Marine.

— S. M. Kreuzercorvette „Luise“, Commandant Corvetten-Capitän Junge, mit den abgelösten Besatzungen S. M. Kreuzers „Habicht“ und S. M. Kanonenboots „Cyclop“ ist am 21. Januar c. in Plymouth eingetroffen und beabsichtigt am 23. dess. Monats nach Wilhelmshaven in See zu gehen.

— Auf eine unscheinbare Aenderung in der neuen Rangliste weist die „Schles. Ztg.“ hin. Bisher waren die vor den Namen der Offiziere stehenden „von“ und „von der“ stets in „v.“ und „v. d.“ abgekürzt, gleichviel ob die Träger adelig sind oder ob das „von“ nur als Präposition Bestandtheil eines bürgerlichen Namens ist. Jetzt ist es eingeführt worden, daß nur die wirklich adeligen Namen die Abkürzung beibehalten haben, während bei den nicht adeligen das „von“ bezw. „von der“ vollständig ausgedruckt ist. Man findet in der neuen Rangliste dementsprechend eine ganze Anzahl Namen, deren Träger man bisher irrthümlich für adelig gehalten hat. Der weit verbreiteten Ansicht, daß alle Personen, vor deren Namen ein „von“ steht, zum Adel gehören, tritt die Neuerung der Rangliste entgegen.

Halle, den 25. Januar.

(Der Abdruck unserer Lokalnachrichten ist nur mit vollständiger Quellenangabe gestattet.)

— Die Vorschußbank des Handwerker-Meister-Vereins hielt gestern unter Leitung des Herrn Schornsteinfegermeister Fischer ihre ord. Generalvers. ab. Die Rechnungslegung erfolgte durch den Rendanten Herrn Tischlermeister Mentzel. Die Bilanz balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 54 905,95 ℳ. Der verbleibende Bestand beträgt 5092,87 ℳ. In das Aktienkapital von 21 757,66 ℳ theilen sich 488 Aktien. Zurückgezogen sind 30, neu hinzugetreten sind 26 Aktien, bleiben 484 Aktien, Werth einer jeden also 44,95 $^{93}/_{242}$ ℳ. — Der Vorsitzende, Herr Schlossermeister Büchner, gab hierzu verschiedene Erläuterungen, dabei den günstigen Stand der Bank hervorhebend. Die Effekten sind in guten zinstragenden Papieren angelegt. — Dem Antrage des Vorstandes, pro 1886 eine Dividende von 5 ℳ pro Aktie (gegen 6 ℳ im Vorjahre) zur Vertheilung zu bringen, wurde einstimmig stattgegeben. Der Werth einer Aktie stellte sich danach auf 40 ℳ, jetzt eintretende Mitglieder zahlen indeß 41 ℳ pro Aktie ein, da sie vom ersten Tage ihrer Mitgliedschaft am Gewinn participiren. Gebeten wurden die Mitglieder, die Vorschußbank mehr zu benutzen, als dies bisher der Fall gewesen und ihr dadurch mehr Verdienst zuzuwenden, der doch nur den Mitgliedern zu Gute kommt. — Der bisherige Vorstand, bestehend aus den Herren Schlossermeister Büchner als Vorsitzenden, Tischlermeister Mentzel als Rendant, Tischlermeister Vogler jun. als Kontrolleur, Schlossermeister Speck, Schornsteinfegermeister Fischer, Schuhmachermeister Lohmeyer und Schlossermeister Schwarz als Beisitzer, wurden per Acclamation wiedergewählt. — Mit der Prüfung der 1887er Rechnung wurden betraut die Herren Böttchermeister Otto, Tischlermeister Wagner und Sattlermeister Hartmann. — Zum Schluß wurden noch 3 Mitglieder per Ballotage aufgenommen.

— Vergangene Nacht gegen 1 Uhr ertönte Feuerlärm. Es brannte im Niederlagsraum des Kaufmann Schmidt hier, ob. Leipzigerstr. bezw. Martinsgasse. Die beiden Feuerwehren im I. u. II. Polizei-Revier (Rathhaus und Blücherstraße) sowie die Wache des Wasserwerkes waren schnell zur Stelle und konnten das Feuer auf seinen Heerd beschränken. Den alsbald herbeieilenden weiteren Feuerwehrmannschaften gelang es, in verhältnißmäßig kurzer Zeit den Brand zu löschen. Der Waarenspeicher ist vollständig ausgebrannt.

Oeffentliche Stadtverordneten-Sitzung.

Montag, 24. Januar.

Vorsitzender: Reg.-Rath a. D. Gneist, Schriftführer Dr. Müller

Am Magistratstische: Oberbürgermeister Staude, Bürgermeister Schneider, Stadträthe Lohausen, Dr. Krähe, Jochmus, von Holly, Hildenhagen, Keferstein

Vor Eintritt in die Tagesordnung ersucht der Vorsitzende die Mitglieder der Theater-Commission die Wahl eines Vorsitzenden nach Schluß der heutigen Sitzung zu vollziehen, der bereits mehrere Sachen zur Vorberathung in der Commission vorliegen. Alsdann macht St.-V. Meyer darauf aufmerksam, daß sich in dem offiziellen Berichte des Tageblattes, die Gehaltserhöhung des Bauinspektor Rückert betreffend, eine Unrichtigkeit befinde, indem die Gehaltsaufbesserung als nach Verlauf von je drei „Monaten“ erfolgend angegeben, während dieselbe selbstverständlich als eine „dreijährige“ beschlossen sei.

1) Bericht der Petitions-Commission über die Petition Neumann mußte abgesetzt werden, da der Referent nicht anwesend war.

2) Bewilligung der Mittel zur Verlängerung des von der Blumenstraße nach der Ulestraße führenden Kanals. Referent Herr Hildebrandt bemerkt zu dieser Vorlage, daß Seitens des Magistrats zur Ausführung dieses Kanalbaues die Summe von 15000 ℳ gefordert werde. Die Bau-Commission sei nach Erwägung dieser Angelegenheit zu dem Beschlusse gelangt, der Versammlung die Ablehnung des Magistratsantrag zu empfehlen. Für diese Entscheidung sei bestimmend gewesen, daß erstens ein schlechtes Funktioniren des Kanals nicht erwiesen sei und daß ferner zur Ausführung des Kanalbaues die Erwerbung eines Stückes der Freyberg'schen Besitzung nöthig werde. Die Versammlung schloß sich ohne Debatte dem Votum ihrer Commission an.

3) Antrag auf Preisbewilligung für die vom ornithologischen Central-Verein für Sachsen und Thüringen beabsichtigte Ausstellung. Referent Herr Apelt theilt mit, daß der Verein, welcher vom 4. bis 7. März d. J. im Saale des Hofjäger eine Ausstellung veranstalten wolle, sich an den Magistrat mit dem Gesuche um Stiftung eines Ehrenpreises gewendet habe. Nach dem Beispiele anderer Städte müsse auch Halle für die gemeinnützigen Bestrebungen dieses Vereins sein Interesse bekunden und der Magistrat befürworte deshalb die Stiftung von Ehrenpreisen Seitens der Stadt, habe es aber der Finanz-Commission anheim gegeben, eine derselben geeignete Summe in Vorschlag zu bringen. Mit Einstimmigkeit habe sich die Commission für Gewährung von 300 Mark ausgesprochen, um deren Bewilligung sie die Versammlung ersuche. Die Summe wurde debattelos einstimmig genehmigt.

(Schluß in der zweiten Beilage.)

Universitäten und Hochschulen.

— Bonn. Die evangelisch-theologische Fakultät hat die Herren Konsistorialpräsident Snethlage in Koblenz, Generalsuperintendent Nebe in Münster (Westfalen) und den Direktor der Diakonissenanstalt in Kaiserswerth Disselhoff zu ihren Ehren-Doktoren ernannt.

— Marburg a. d. Lahn. Der von dem erst seit vorigem Sommer-Semester auch an unserer Hochschule bestehenden Verein deutscher Studenten veranstaltete Festkommers zur Feier der Wiederaufrichtung des deutschen Kaiserreichs legte Zeugniß ab von den Erfolgen, die der junge Verein durch sein bei jeder Gelegenheit bewiesenes Eintreten für die nationale Idee in kurzer Zeit auch bereits im Hessenlande errungen hat. Der Saal war von den zahlreich erschienenen Freunden und Gästen des Vereins aus dem akademischen Lehrkörper, dem Offizierkorps und der Studentenschaft bis auf den letzten Platz gefüllt. An der Ehrentafel hatten Se. Magnificenz der Rektor, Herr Prof. Dr. von Liszt, sowie die Professoren Geh. Regierungsrath Leopold Schmidt, Bergmann, Achelis, Harnack, Fischer, C. Schmidt, Lenz, Stengel, Koch, Fittika, die Privatdozenten Dr. v. Below und Dr. Stosch Platz genommen.

Todesfälle.

— Der bekannte Geschützfabrikant Sir Joseph Whitworth ist am 22. d. M., 84 Jahre alt in Monte Carlo gestorben.

Aus der Provinz Sachsen und ihrer Umgebung.

Der Abdruck unserer Original-Correspondenzen ist nur mit Quellenangabe gestattet.

Ɲ **Merseburg**, 24. Januar. (Stadtverordneten-Versammlung.) In der heute stattgehabten Sitzung unserer Stadtv.-Vers. wurden unter Anderem 1500 M. zur Beschäftigung beschäftigungsloser Arbeiter (außer den etatsmäßigen Mitteln) bewilligt. Ferner wurden folgende städtische Etats pro 1886/87 festgesetzt: Etat der Schulkasse mit ca. 45 000 M. in Einnahme und ca. 82 000 M. in Ausgabe, Etat des Hospitalfonds St. Andreä mit 1415,03 M. in Einnahme und Ausgabe, der Etat des Straßenfonds mit 1009,70 M. in Einnahme und Ausgabe, der Etat der Armenkasse mit 8000 M. in Einnahme und 15 700 M. in Ausgabe, der Etat des Siechenfonds mit 1215 M. in Einnahme und Ausgabe. Die gesammten Zuwendungen zu dem letzteren Fonds betrugen bisher 3341,88 M.

— u **Schönebeck**, 24. Januar. (Lehrer-Prüfung. Eisstand. Wildpflege.) Am Sonnabend ist in Barby die Prüfung der Abiturienten im Beisein der Herren Regierungsräthe Goebel und Schönwälder aus Magdeburg beendet worden. Die 32 Seminarzöglinge haben das Examen bestanden, die 3 von auswärts zugekommenen Bewerber nicht. Sämmtliche Kandidaten haben sofort eine Stelle bekommen und treten am 1. Februar ihr Amt an. Es sollen 150 Stellen im Regierungsbezirk Magdeburg unbesetzt sein, besonders zahlreiche Vakanzen sind in der Altmark, wohin auch die neuen Lehrer meistens angestellt werden. — Die Elbe steht noch, doch übernehmen Schiffer keine Gewähr mehr für die Haltbarkeit des Eises; wer übergeht, thut es auf eigene Gefahr und wer einbricht und ertrinkt, thut es natürlich auch auf eigene Rechnung; trotzdem geht es noch hinüber und herüber. — In dem Dorfe Felgeleben fand kürzlich ein Bauer ein ganz mattes Reh nahe beim Dorfe, er nahm es mit sich und wollte ihm warme Milch geben, aber noch ehe er dazu kam, verendete das Reh. Da diese Thiere doch nicht allzu scheu und schüchtern sind, so dürfte es wohl nicht schwer sein, sie nach Fütterungsstellen hinzugewöhnen und es müßte doch von den Betreffenden dafür gesorgt werden, daß die armen Waldbewohner solche Plätze in genügender Anzahl finden können. Sollte wohl z. B. in dem großen Letzlinger Forst ein Reh verhungern? wir glauben es kaum.

ʒ **Barby**, 23. Januar. (Vom Seminar.) Die vom 17. bis 22. Januar hierselbst unter dem Vorsitz der Herren Geheimrath Goebel und Regierungs- und Schulrath Schönwälder abgehaltene provisorische Lehrerprüfung ergab ein günstiges Resultat. Sämmtliche auf dem hiesigen Seminare vorgebildete Candidaten bestanden die Prüfung und erhielten das Zeugniß der Reife, während drei auswärtige schon nach der schriftlichen Prüfung wieder entlassen wurden.

Personalien.

— Dem Fürsten zu Hohenlohe-Oehringen Herzog von Ujest, ist der Schwarze A.-O. verliehen. — Der Historiograph des preuß. Staates, Geh. Reg.-Rath und Prof. Dr. von Treitschke zu Berlin, der Geh. Hofrath Dr. Gustav Freytag zu Wiesbaden und der Komponist Johannes Brahms zu Wien sind nach stattgehabter Wahl zu stimmfähigen Rittern des Ordens pour le mérite für Wissensch. und Künste, sowie der Maestro Giuseppe Verdi zum auswärt. Ritter dieses O. ernannt.

— Der bish. Kreis-Schulinsp. Heinrich Schellong in Neustadt Westpr. ist zum Reg.- und Schulrath ernannt; sowie dem Civil-Ingen. und Fabrik. Bernhard Pohley zu Berlin das Präd. eines K. Hoflief. verliehen. — Bei der Metropolitankirche zu Posen ist der bish. Dompropst bei der Kathedralkirche des Bisthums Kulm, Dr. Gustav Wanjura, in Pelplin, zum Dompropst, und der bish. Pfarrer Peter Dombek in Breslau zum Domherrn er-

[Nachdruck verboten.]

Hallesches Stadt-Theater.

Dienstag, den 25. Januar. Beginn 7½ Uhr.
79. Abonnements-Vorstellung. (Blaue Karten.)

Die Entführung aus dem Serail,
oder:
Belmonte und Constanze.
Singspiel in 3 Akten von Mozart.

Bassa Selim	Arthur Bauer.
Constanze	C. Charles-Hirsch.
Blondchen, ihr Kammermädchen	Auguste Werner.
Belmonte, Geliebter der Constanze	Benno Köbke.
Pedrillo, dessen Diener und Aufseher über die Gärten des Bassa	Walther Müller.
Osmin, Aufseher über das Landhaus des Bassa	Adolf Uttner.
Ein Schiffer	Josef Hertzka.
Ein Sklave	Adolf Dalwig.
Ein Offizier	Carl Greger.

Bewohner. Sklavinnen. Sklaven. Wache.
Das Stück spielt im Serail des Bassa.
Nach dem 1. Akt eine größere Pause.
Vor dem 2. Akt Türkischer Marsch von Mozart.

Repertoire: Mittwoch 7 Uhr „Don Juan“ (0); Donnerstag 7½ Uhr „Gräfin Lambach“ (gelb); Freitag 7 Uhr „Der Trompeter von Säkkingen“ (weiß); Sonnabend 7 Uhr „Wilhelm Tell“ (0).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-168721678188701261-15/fragment/page=0003

nannt. — Der Reg.- und Schulrath Heinrich Schellong ist der K. Reg. zu Königsberg i. Pr. überwiesen worden. — Der Forstmeister Wiese zu Gumbinnen ist auf die durch Pensionirung des Forstm. Freih. von Buttlar-Ziegenberg erledigte Forstmeisterstelle Kassel-Habichtswald, und — der Forstmeister Krause zu Posen auf die durch Pensionirung des Forstm. Dehnert erledigte Forstmeisterstelle Kassel-Marburg versetzt worden.

Druckfehler-Berichtigung.

2. Ausg. Im Leitartikel: Graf Moltke und der Handwerksmeister Spalte 2 muß es heißen: Ein Lübecker Handwerksmeister u. s. w. In Spalte 3: Professor Hänel u. s. w. muß es heißen: Das Ergebniß hat bei Prof. H. unzweifelhaft festgestanden (nicht „stattgefunden").

In der 2. Beilage im Artikel „Der Weg zum Galgen" muß es heißen: Der Staat soll sich's gefallen lassen, daß die Sozialdemokraten ihn zersetzen (nicht „zerfetzen").

Marktberichte.

Magdeburg, 24. Januar. Granulated 24,25—24,50 ℳ. Krystallzucker I. 24,00 ℳ. Krystallzucker II. 23,00 ℳ. Kornzucker excl. 96% 20,10—20,30 ℳ. Kornzucker von 95% —,— ℳ. Kornzucker 88% Rend. 19,10—19,20 ℳ. Nachprodukte 75° Rend. 15,50—17,00 ℳ. Tendenz: Ruhig, wenig Umsätze.

Fein Brodraffinade 26,00 ℳ, fein Brodraffinade 25,75—26,00 ℳ. Gem. Raffinade 24,25—25,00 ℳ. Gem. Melis I. 23,50 ℳ. Tendenz: Ruhig.

Kartoffelspiritus für 10,000 l=% loco ohne Faß 37,30—37,60 ℳ.

Magdeburg, 24. Januar. Landweizen 162—166 ℳ, Weißweizen 160—163 ℳ, glatter englischer Weizen 155—160 ℳ, Rauhweizen 147—153 ℳ, Roggen 132—135 ℳ, Chevaliergerste 158—188 ℳ, Landgerste 140—150 ℳ, Hafer 120—127 ℳ für 1000 kg.

Berlin, 24. Januar. Weizen per 1000 Kilogr. loco fest, Termine fest und höher, gek. — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., Loco 150—174 ℳ nach Qual. bez., gelbe Lieferungsqual. 162,5 ℳ bez., feiner gelber Märker 170 ℳ ab Bahn bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Januar-Februar — ℳ bez., per April-Mai 165,25 ℳ bez., per Mai-Juni 167 ℳ bez., per Juni-Juli 168,75 ℳ bez., per Juli-August — ℳ bez., per September-Oktober — ℳ bez. — Roggen per 1000 Kilogr. loco unverändert, Termine still, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., Loco 127—133 ℳ nach Qualität bez., Lieferungsqualität 130,5 ℳ bez., russischer — ℳ bez., inländischer guter 130—131 ℳ bez., mittel 129 ℳ ab Bahn bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Januar-Februar — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 132,25 ℳ bez., per Mai-Juni — ℳ bez., per Juni-Juli — ℳ bez., per September-Oktober — ℳ bez. — Gerste per 1000 Kilogr. still, große und kleine 112—190 ℳ nach Qualität bez. — Hafer per 1000 Kilogr. loco still, Termine still, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., loco 109—146 ℳ nach Qualität bez., Lieferungsqualität 111,5 ℳ bez., pommerscher, mittel 118—122 ℳ bez., guter 123—125 ℳ bez., feiner 126—128 ℳ bez., preußischer mittel 118—122 ℳ bez., guter 123—125 ℳ bez., feiner 126 bis 128 ℳ ab Bahn bez., russischer 112—115 ℳ ab Boden und frei bez., per diesen Monat — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 111,5 ℳ nom., per Mai-Juni 113,25 ℳ nom., per Juni-Juli 115,25 ℳ bez., per Juli-August — ℳ bez. — Mais per 1000 Kilogr. loco fest und behauptet, Termine —, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., Loco 108—118 ℳ nach Qualität bez., per diesen Monat 112,5 ℳ nom., per April-Mai — ℳ bez., Mai-Juni — ℳ bez., Juli-Aug. — ℳ bez. — Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 150—200 ℳ bez., Futterwaare 124 bis 132 ℳ nach Qualität bez. — Oelsaaten per 1000 Kilogr., gekündigt — Ctr., Winterraps — ℳ bez., Sommerraps — ℳ bez., Winterrübsen — ℳ bez., Sommerrübsen — ℳ bez. — Rüböl per 100 Kilogr. mit Faß, Termine flauer, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., loco mit Faß — ℳ bez., loco ohne Faß — ℳ bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Januar-Februar — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 45,7 bis 45,6 ℳ bez., per Mai-Juni 46,0—45,9 ℳ bez. — Leinöl per 100 Kilogr. —, loco — ℳ bez., Lieferung — ℳ bez. — Spiritus per 100 Liter à 100% = 10000% Liter, Termine fest, gekündigt — Liter, Kündigungspr. — ℳ bez., loco mit Faß — ℳ bez., per diesen Monat und per Januar-Februar 37,2—37,4 ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 38,2—38,4 ℳ bez., per Mai-Juni 38,4—38,7 ℳ bez., per Juni-Juli 39,3—39,5 ℳ bez., per Juli-August 39,9 bis 40,1 ℳ bez., per August-September 40,6 ℳ bez. — Spiritus per 100 Liter à 100% = 10000% loco ohne Faß 37,2—37,3 ℳ bez. Am 22. d. war loco ohne Faß 37,5 ℳ bez., 37,4 Br.

Weizenmehl Nr. 00 23,50—22,00, Nr. 0 21,75—19,75 ℳ bez., feine Marken über Notiz bez. — Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogr. unversteuert incl. Sack fest, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez. per diesen Monat und per Januar-Februar 17,75 ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 17,90 ℳ bez., per Mai-Juni 18 ℳ bez., per Juni-Juli — ℳ bez.

Amsterdam, 24. Januar. Weizen auf Termine höher, per Mai 230. — Roggen loco höher, auf Termine unverändert, per März 128, per Mai 130 à 131 à 132. — Rüböl loco 23¼, per Mai 23¾, per Dezember —.

London, 24. Januar. (Anfangsbericht.) Weizen und Mehl steigend, Gerste und Hafer stetig. Mais träge, Erbsen und Bohnen fest. — (Schlußbericht.) Sämmtliche Getreidearten ruhig, Weizen unregelmäßig, englischer ca. 1 Sh. niedriger als vorige Woche, angekommene Ladungen fest. Mehl fest. Mais ½ Sh. niedriger als letzte Woche, Erbsen und Bohnen fest, Hafer und Gerste ruhig, stetig.

London, 24. Januar. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 15. bis 21. Januar: Englischer Weizen 1327, fremder 60170, englische Gerste 3057, fremde 8839, englische Malzgerste 21787, fremde 457, englischer Hafer 1037, fremder 46445 Orts. Englisches Mehl 17463, fremdes 53739 Sack und 100 Faß.

Liverpool, 24. Januar. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 B. Ruhig. — Tagesimport 13,000 B. — (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 B., davon für Spekulation und Export 2000 B. Ruhig. Middl. amerikanische Lieferung: Juni-Juli 5¼, Käuferpreis, Juli-August 5 9/32 do., September-Oktober 5¼ Werth.

Börsennachrichten.

Berlin, 24. Januar. Die Haltung der heutigen Börse war noch flauer als in den letzten Tagen, nur Bergwerke blieben, da die Konvention der Oberschlesischen Walzwerke einen günstigen Eindruck ausübte, verhältnißmäßig fest.

Wasserstand der Saale bei Halle an der Königl. Schiffsschleuse bei Trotha am 24. Januar Abends am neuen Unterhaupt 1,90, am 25. Januar Morgens am neuen Unterhaupt 1,90 Meter.

Wasserstand der Unstrut am Brückenpegel bei Straußfurt am 24. Januar + 1,15 Meter.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg am 24. Januar am Pegel + 2,00⁸ Meter.

Telegraphische Depeschen.

Ratzeburg, 24. Januar. Die Conservativen wollen Graf Wilhelm Bismarck als Reichstagscandidaten aufstellen.

München, 24. Januar. Dem „Bayerischen Kurier" zufolge ist General Horn erkrankt, und hat Prinz Leopold die Geschäftsführung des Generals übernommen.

Augsburg, 24. Januar. Die Berliner Reise des württembergischen Kriegsministers Crailsheim hatte die Theilnahme an Berathungen über die Vorbereitungen zur Militärvorlage zum Hauptzweck.

Venedig, 24. Januar. In der vergangenen Nacht wurde hier ein heftiges Erdbeben verspürt. Bis jetzt sind jedoch keinerlei Schäden bekannt geworden.

Paris, 24. Januar. Der Jahrestag der Kämpfe vor Paris wird durch imposante Kundgebungen gefeiert. Doch sind die Reden friedlich. Boulanger beantwortete die Einladung, nach Saint Quentin zu gehen, ablehnend.

London, 24. Januar. „Daily News" bringen heute die Nachricht, die deutsche Regierung habe beschlossen, bei dem französischen Minister des Auswärtigen, Flourens, anzufragen, was die jüngsten Truppenbewegungen an der deutschen Grenze bedeuten. Von der Antwort Frankreichs hänge die Entscheidung, ob Krieg oder Frieden ab.

Verlag der Aktiengesellschaft „Hallische Zeitung" zu Halle.
Verantwortlich für Politik u. Feuilleton Dr. Richard Hamel, für Lokales und Provinz Dr. Ewald Schulze, beide zu Halle.

Hallischer Tages-Kalender.

Mittwoch, den 26. Januar:

Kgl. Universitäts-Bibliothek (Friedrichstr.) Geöffnet: von 9—12 Uhr Vorm. und 2—4 Uhr Nachm. In den letzten zwei Dienststunden werden täglich Bücher ausgeliehen u. abgegeben. — **Baptisten-Gemeinde**: Ab. 8 Gottesdienst im Versammlungslokal zu Giebichenstein, Trift, 10. — **Börsenversammlung**: Vorm. 7½ im Börsengebäude, gr. Berlin 13. — **Patentschriften-Lesezimmer**: Magdeburgerstr. 4, 1 Treppe hoch, geöffnet von 8—12 Uhr Vormittags und von 2—6 Uhr Nachmittags. — **Kunstgewerbe-Verein**: Lesezimmer von Ab. 7 ab im „Kronprinzen." — **Verein jüngerer Buchhändler**: Abds. 8½ Versammlung im „Pfälzer Schießgraben." — **Kaufmänn. Verein vom 13. Nov. 1870**: Ab. 8½ im Hotel Stadt Berlin. — **Jahn'scher Turnverein**: Ab. 8—10 Turnstunde in der städt. Turnhalle. — **Kaufmännischer Turn-Verein**: Abends von 8 Uhr in der städtischen Turnhalle. — **Hallesche Volks-Liedertafel**: Abends 8 Uhr Uebungsstunde in „Wilkes Restaurant", kl. Klausstraße 8. — **Männerchor**: Abends 8—10 Uebungsstunde im Restaurant zum „Reichskanzler", Leipzigerstraße. — **Gesangverein „Helena"**: Restaurant Forsthaus: ½9 Uhr Ab. Uebungsabend des gemischten Chores. — **Katholischer Männer-Verein**: Ab. v. 8—10 im Restaurant „Reichskanzler". — **Verein Einigkeit**: Abds. 8 im „Reichskanzler". — **Zither-Verein „Harmonie"**: Abds 7½ Uhr Uebungsstunde im Restaurant „Rosenthal." — **Aich- und Waageamt**: großer Berlin 16a). Wochentags von 8—12 Uhr Mittags und 2—6 Uhr Abends. — **Botanischer Garten**: (gr. Wallstr. 23). Wochentags 6—12 und 1—6 Uhr. — **Städtische Anstalt für Arbeitsnachweisung**. Inspektor Merten, Arbeitsanstalt. — **Verpflegungsstation I.** für fremde Reisende: ebendaselbst. — **Herberge zur Heimath**: Mauergasse 6b. —

Inserate.

Mein frischer Transport ist angekommen und empfehle hiermit ca. 40 Stück außerordentlich gute

Reit- und Wagenpferde

zum Verkauf. [2175

N. Victor
in Halle a/S.,
Große Steinstraße 24
im Hôtel zum schwarzen Adler.

Familien-Nachricht.

Heute Morgen 8 Uhr erlöste Gott durch den Tod von langen, schweren Leiden meinen innigstgeliebten Mann und unsern guten Vater, den Organisten und 1. Lehrer an der I. Bürger-Knabenschule

Herrn Carl Julius Moebius

im Alter von 60 Jahren. [2176

Um stille Theilnahme bitten

Eilenburg, den 24. Januar 1887.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Berliner Börse v. 24. Januar.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	105,40B
Preuß. consol. Staats-Anleihe	4	105,30bzG
do. do.	3½	100,40bzG
do. Staatsschuldscheine	3½	99,90G
do. Staats-Präm.-Anl.	3½	148,00G
Pfandbriefe: Berliner	5	118,10G
do.	4½	109,70bz
do.	4	105,00bz
Kur- und Neumärkische	4	101,50bz
Landsch. Centr.-Pfandb.	4	101,50bz
do. do.	3½	98,70bzB
Ostpreußische	4	98,00bz
Pommersche	4	101,50G
Posensche, neue	4	102,25bz
Westpreußische	4	— —
do. Neuland	4	— —
Rentenbriefe: Kur- und Neumärkische	4	103,75bz
Pommersche	4	103,50bzG
Preußische	4	104,00G
Sächsische	4	103,60G
Schlesische	4	103,60G
Braunschw. 20Thl.L.Mk.p.	fr.	94,50bz
Cöln-Mind. Prämienscheine	3½	129,50bz
Sächsische Renten von 78	3	91,30bz
do. landw. Pfandbr.	4	— —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Silberrente	4⅕	64,90B
do. Papierrente	5	63,80bz
do. Goldrente	4	88,00bz
Russ.-Engl. Anleihen von 70 bis 73	5	— —
do. von 75	4½	87,50bz
Russische von 80	4	81,20bz
do. III. Orient	5	57,30bzG
do. Prämien 64	5	140,50bz
do. Prämien 66	5	134,00B
do. Bod.-Cred.-Pf br.	5	93,50G
do. Ctr.-Bd.-Cred.-Pfdbr.	5	84,10bzG
Rumänier	5	100,75B
Ungar. St.-Eisenbahn-Anlh.	5	100,00bz
do. Ostbahn II. Em.	5	— —
do. Goldrente	4	79,60bz
Serbische Rente	5	78,25G

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.

Dividende	1885	1886	
Aachen-Mastricht	2¼	—	52,70bz
Berlin-Dresden	0	—	20,00G
do. do. St.-P.	0	—	52,25bz
Dux-Bodenbach	7½	—	137,00bz
Gal. Carl-Ludwigsbahn gar.	5	—	80,20bz
Gotthardbahn vollgez.	3½	—	98,30B
Mainz-Ludwigshafen	3½	—	93,75bz
Marienburg-Mlawka	⅓	—	42,40bz
Marienburg-Mlawka St.-P.	5	—	104,75B
Mecklenb. Fr.-Fr.-Bahn	7¾	—	155,00G
Nordhausen-Erfurt	0	—	34,50bz
Nordhausen-Erfurt St.-P.	4⅔	—	105,50G
Oestr. Nordw. (Mk. p. St.)	4	—	— —
Oestr. St.-Bahn (Mk. p. St.)	5	—	392,50bz
Oestr. Südb. (Mk. p. St.)	1	—	160,00bz
Ostpreuß. Südbahn	3	—	68,00bz
Ostpreuß. Südbahn St.-P.	5	—	105,50G
Russ. Staats-B. (5% gar.)	7,20	—	126,00bz
Russ. Südwestb. (5% gar.)	5	—	— —
Saalbahn	0	—	37,00G
Saalbahn St.-P.	3	—	— —

Dividende	1885	1886	
Warschau-Wien Mk. per St.	13½	—	282,00bz
Weimar-Gera (4½% gar.)	4½	—	24,80bz
Weimar-Gera St.-P.	2⅔	—	— —
Werra-Bahn	2½	—	78,50bz

Deutsche Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

	Zf.	
Aachen-Mastricht	4	101,70B
Bergisch-Märk. I. u. II. S.	4	— —
do. IV. u. V. Ser.	4	102,60bz
do. VII. Ser. conv.	4	102,60bzG
do. VIII. Ser.	4	102,60bzG
do. IX. S. (v. 85 kündb.)	4	102,60bzG
do. Hessische Nordbahn	4	102,00bz
Berlin-Anhalter I. u. II. Em. u. Lit. B.	4	101,50bz
Berlin-Dresden (gar.)	4½	103,70bzB
Berlin-Görlitzer conv. und Lit. B.	4	— —
Berlin-Hamburg I. u. II. Em.	4	101,50bz
do. III. Em. conv.	4	101,50bz
Berl.-Potsd.-Magd. A. B. C.	4	102,25B
do. Lit D. E. F.	4	102,25B
Berlin-Stettin II. III. u. VI. S.	4	102,40bz
Breslau-Freib. Lit. D. bis K.	4	101,75bz
do. von 1876	5	101,75bz
do. von 1879	5	— —
Cöln-Mind. II. III. IV. Em.	4	102,10bz
do. VI. Em. Lit. B.	4	102,10bz
do. VII. Em.	4	— —
Halle-Soran-Guben	4	— —
Märkisch-Posen	4	— —
Magdeburg-Halberstadt	4	102,20bz
do. Leipzig Lit. A.	4½	105,00G
do. do. Lit. B.	4	— —
do. Wittenberge	3	— —
Mainz-Ludw. conv.	4	102,30B
Niederschles.-Märk. I. Ser.	4	102,75B
do. II. Ser.	4	101,20B
do. Obl. I. u. II. Ser.	4	102,75B
Nordhausen-Erfurt	4½	— —
do. do.	4	— —
Oberschl. Lit. E. (gar.)	3½	100,30B
do. Lit. F. u. G.	4	102,40bz
do. Lit. H. (4% gar.)	4	102,40bz
do. Em. von 79	4½	107,00B
do. Em. von 80	4	— —
Ostpreuß. Südbahn	4½	— —
Rechte Oder-Ufer I. S.	4	101,50bz
do. do. II. S.	4	102,00bz
Rheinische	4	— —
do. 69, 71, 73 conv.	4	102,10bz
Thüringer I. u. III. Ser.	4	— —
do. II. IV. V. u. VI. S.	4	— —
Weimar-Gera	4	— —
Werrabahn	4	101,60bz

Ausländische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Böhmische Nordbahn	4	100,75bzG
Dux-Bodenbach II. Em.	5	85,00G
do. III. Em. (in Goldw.)	5	106,50G
Dux-Prag I. Em. do.	5	107,60bzG
Gal. Carl-Ludwsb. (gar.)	4½	79,75bz
Kaschau-Oderberg (gar.)	5	79,60bz
do. Gold-Prior. gar.	5	101,40bz

	Zf.	
Oesterr. Staatsbahn gar.	3	402,00B
do. do. v. 1874 gar.	3	387,50bzB
do. Ergänz.-Netz gar.	3	383,50G
Oesterr. Nordwestbahn gar.	5	84,75bz
do. do. (Lit. B.)	5	81,00bz
do. do. (Gold-Pr.)	5	106,60G
Oesterr.-Südb. (2 Fr. Steuer)	3	316,50bzG
do. do. Obl. (gar.)	3	103,60B
Reichenb.-Pard. (Gold-Pr.)	5	104,60G
Ungar. Nordostbahn gar.	5	78,75bz
do. Goldprior. gar.	5	101,00G
do. Ostb. I. Em.	5	76,50bzB
do. do. II. Em.	5	100,00bzG
Charkow-Azow gar.	5	99,90bz
Große Russische gar.	3	97,75bz
Jelez-Orel gar.	5	97,25bz
Jelez-Woronesch gar.	5	96,75bz
Kursk-Kiew gar.	5	100,00bzG
Mosko-Rjäsan gar.	5	94,90bz
Transkaukas. gar.	3	65,20bz
Warschau-Wiener IV. V. u. VI. Em.	5	102,00bzG
Gotthardbahn IV. Ser.	5	— —

Bank-, Hypotheken- und Creditbank-Actien.

Zinsen à 4% ab ½, ausgenommen Reichsbank (4½%.)

Dividende	1885	1886	
Berliner Handels-Ges.	8	—	150,50bz
Braunschweig-Hannover	4	—	90,25G
Darmstädter Bank	6½	—	133,50bz
do. per ult.	6½	—	133,50bz
Deutsche Bank	9	—	155,80bz
do. per ult.	9	—	156,00bz
Deutsche Genossensch.-Bank	6¾	—	132,50B
Disconto-Gesellschaft	11	—	194,75bz
do. per ult.	11	—	194,50bz
Dresdener Bank	7½	—	129,50bz
Effect.-Maklerb. (50% E.)	6,25	—	101,10G
Gothaer Grundcredit-Bank	0	—	58,00bz
do. junge (40% E.)	0	—	80,80bz
Leipziger Credit-Anstalt	9	—	169,10G
Magdeburger Bankverein	6	—	106,25B
do. Privatbank	5 5/12	—	114,90G
Maklerbank	5	—	— —
Nationalb. f. D. (50% E.)	4	—	89,00G
Oesterr. Credit (Mk. p. St.)	8 7/16	—	463,50bz
Preuß. Bodencredit-Bank	5½	—	102,50bz
do. Centr. (40% E.)	8¾	—	130,75bz
do. (Hyp.-B. Spielh.	5	—	103,75B
Reichsbank	6,24	—	138,00bz
Sächsische Bank	5⅛	—	117,00G
Weimarische Bank	0	—	— —

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	
Anhalter Landesbank	5	101,00B
Braunschweig-Hannover	4	101,80G
do. do.	4	— —
Deutsche Hyp.-B. Berlin	4	102,30bz
do. do.	4	102,30bz
Gothaer Prämien I. Abth.	3½	106,50bz
do. do. II. Abth.	3½	102,40bz
do. rückz. m. 110	3½	96,50G
Meininger Prämien	4	24,00G
Preuß. Bd. unk. rzb. à 110	5	112,00G
do. V. u. VI. S. rz. à 100	5	106,25G
do. rückz. à 115	4½	114,40B
do. rückz. à 100	4	102,25bzG
do. Central-Bod.-Cred. unk. Pfdbr. rückz. à 100	4	102,30G

	Zf.	
Preuß. Central-Boden-Credit-unk. Pfandbr. rzb. à 110	4½	112,25G
do. do. rzb. à 100	3½	97,00bz
do. fdb. do.	4	— —
Pr. Hyp.-B. unkdb. rzb. à 120	4½	115,00G
do. do. rzb. à 110	5	101,60bz
do. do. rzb. à 100	3½	98,70G
Süddeutsche Boden-Credit	4	100,50G

Industrielle Gesellschaften.

Zinsfuß überall 4%.

Dividende	1885	1886	
Anhalter Masch.-B.-A.	1	—	76,00bz
Berlin-Anhalt. Masch.	4½	—	102,50G
Berl. Masch. Schwartzk.	33⅓	—	404,00G
Berliner Unionsbrauerei	7	—	143,75bz
Böhm. Brauh.-A.-G.	11	—	285,00bz
Cröllwitzer Papierfabrik	15	—	190,00B
Deutsche Cont.-Gas	12	—	186,00B
Friedrichshöhe A.-B.	43⅓	—	— —
Glauziger Zuckerfabrik	2	—	76,00bz
Greppiner Werke	4	—	82,00G
Hallesche Maschinenfabrik	10	—	203,00G
Kette, Elbschiff-Ges.	2⅔	—	89,00bz
Körbisdorfer Zuckerfabr.	3	—	109,00B
Leopoldshall, chem.	5	—	104,25bz
Magdeb. Allg. Gas	7½	—	— —
Magdeburger Baubank	8⅔	—	142,90B
Nordhäuser Tapetenfabrik	4½	—	106,00G
Vierbrauer. St. Berliner	11	—	289,00bz
do. Magdeburg	9	—	198,00G
Schering, chem. Fabrik	18	—	485,00bz
Schwanitz, Gummiw.	11	—	145,75bz
Staßfurt, chem. Fabrik	—	—	— —
Eudenburger Masch.	14	—	163,00B
Thüringer Salinen	3	—	— —
Tivoli, Actien-Bierbrauerei	6	—	127,00bz
Zeitzer Masch.-Anstalt	16	—	220,00G

Bergwerks- u. Hüttengesellschaften.

Anhalter Kohlenwerk	11¼	—	176,00bz
Bochum, Gußstahl	6⅔	—	124,00bz
Consolidirte Marie	6½	—	169,00bz
Donnersmarckhütte	0	—	42,50G
Dortm. Union St.-Pr. Lit. A.	⅛	—	63,75G
do. per ult.	⅛	—	63,10bz
Gelsenkirchener	6	—	110,00bz
Königs- und Laurahütte	⅛	—	83,50bz
do. do. per ult.	⅛	—	84,00bz
Lauchhammer conv.	2,8	—	74,00bz
Magdeburger	15	—	220,10G
do. St.-Pr. Lit. S.	15	—	— —
Sächs. Gußstahl	7	—	115,00B
Sächsisch-Thür. Braunkohlen	15	—	159,00B
do. St.-Pr.	15	—	160,00G
Westeregl. Alkaliw.	3	—	145,75bz

Wechsel.

			Zf.	
Amsterdam	100 Fl.	8 T.	2½	168,35bz
do.	100 Fl.	2 M.	2½	167,75bz
London	1 Lstr.	8 T.	2	20,385bz
do.	1 Lstr.	3 M.	2	20,23bz
Paris	100 Frcs.	8 T.	3	80,40bz
do.	100 Frcs.	2 M.	3	80,05bz
Petersburg	100 S.-R.	3 W.	6	187,25bz
do.	100 S.-R.	3 M.	6	185,60bz
Wien Oest. W.	100 Fl.	8 T.	4	159,95bz
do. do.	100 Fl.	2 M.	4	159,00bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Cours in Mark.

Dollars	per St.	— —
Ducaten	per St.	9,58B
Imperials	per St.	16,71bz
Napoleonsd'or	per St.	16,12bzG
Souverreigns	per St.	20,315G
Englische Banknoten per Lstr.		20,315G
Franz. Banknoten per 100 Frcs.		80,40bzG
Oesterr. Banknoten per 100 Fl.		160,10bz
do. Silbercoup. (hier einlösb.)		160,50bz
Russisch Banknoten per 100 Rb.		188,20bz

Bankdisconto in

Amsterdam	2½	London	5
Berlin	4	Paris	3
do. Lombard	4½	Petersburg	5
do. Privatdisc.	3½	Wien	4
Brüssel	2½		

Umrechnungs-Course:

1 Fl. österr. = 2 M. 100 Fl. holländ. = 170 M.
1 Dollar = 4 M 25 Pf. 100 Rubel = 320 M.
100 Frcs. = 80 M. 1 Lstr. = 20 M.

Leipziger Börse v. 24. Januar.

	Zf.	
Königl. Sächsische Rente	3	92,60bz
Pfandbr. des Sächs. Landw. Credit-Verbandes v. 67	4	103,00G
Creditbr. des Sächs. Landw. Credit-Verbandes v. 67	4½	103,00G
Schuldsch. d. Mansf. Gewksch. von 1882	4	102,00bz
do. do. do.	4½	102,75bz
do. do. von 1879	4½	103,50B
Altenburg-Zeitz	4	187,00B
Aussig-Teplitz	4	279,50B
Saalbahn St.-Pr. Div. 85 3%	5	92,00G
Allg. Deutsche Credit-Anstalt Div. 85 9%	4	168,75bz
Leipziger Bank do. 6⅖%	4	185,25G
do. Disc.-Ges. do. 5½%	4	102,00B
Sächsische Bank do. 5⅛%	4	117,00B
Cröllwitzer Papierfabrik Div. 84/85 15%	4	193,50B
do. Schuldverschreibungen	5	104,00B
Hallesche Straßenbahn Div. v. 85 5⅗%	4	180,00B
Leipz. Malzfabr. Schkeuditz Div. 84/85 13%	4	195,00B
Zuckerraffinerie Halle Div. 84/85 16%	4	96,00B
Aussig-Teplitzer Pr.-Obl.	4½	102,50B
Buschtiehrader do. v. 72	5	84,75bzG
Gömörer Eisenbahn-Oblig.	5	102,00B
Graz-Köflacher do. v. 72	5	81,70B
Prag-Turnauer do.	5	89,75B
Ungar. Nordostbahn-Obl.	5	79,00B
Sächs.-Thür. Braunk.-Berw. A.-G. St. Div. 85 15%	4	161,00G
Sächs.-Thür. Braunk.-Berw. A.-G. St.-Pr. Div. 85 15%	5	160,00B
Verein. Sächs.-Thüring. Paraf. u. Solaröl St.-Pr.-Act. Div. 84 8%	4	91,75B
Zeitzer Par. u. Solar-Fabr. Div. v. 84 10%	4	91,75B

Gebauer-Schwetschke'sche Buchdruckerei in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870126 1-15/fragment/page=0004